

Beizig, 8. Juli. Im Prozeß Schall-Kruska teilte der Präsident Dr. Schmidt gegen 4 Uhr nachmittags mit, daß die sämtlichen französischen Zeugen, auch die noch nicht vernommenen, unter Führung der französischen Delegation, das Gerichtsgebäude verlassen haben, so daß heute, da die deutschen Zeugen erst für morgen geladen sind, die Verhandlung nicht weiter fortgeführt werden kann. Die Verhandlung wird darauf auf morgen vormittag 9 Uhr vertagt.

Berlin, 8. Juli. Die französische Delegation bei den Leipziger Prozessen hat heute nachmittags 3½ Uhr den Sitzungssaal verlassen, in dem der Prozeß Schall-Kruska verhandelt wurde. Sie teilte dem Senatpräsidenten Schmidt alsdann schriftlich mit, daß sie von ihrer Regierung den Befehl zu sofortiger Rückkehr nach Paris erhalten habe und daß sämtliche französischen Zeugen ebenfalls zur sofortigen Rückkehr nach Frankreich aufgefordert worden seien. Die Abreise der Regierungsvorleiter und vermutlich auch der Zeugen ist heute abend bereits erfolgt. Die Prozesse werden weitergeführt.

### Die Haltung der französischen Regierung.

Paris, 8. Juli. Der Matin schreibt, in Verfolg der empörenden Zeitpredigt von General Stenger ist die französische Regierung zu der Überzeugung gekommen, daß die Anwendung einer französischen Abordnung zur Verfolgung der Verhandlungen vor dem Leipziger Reichsgericht nunmehr nicht nur unnützlich, sondern auch lächerlich geworden sei. Infolgedessen habe Ministerpräsident Briand gestern abend den französischen Vertretern telegraphische Anweisung übermittelt, unverzüglich nach Paris zurückzukehren. Er rechte ferner bei der englischen und belgischen Regierung an, in Zukunft ebenso wie Frankreich darauf zu verzichten, Rechtsverteiler nach Leipzig zu entsenden.

### Belgien folgt dem französischen Schritt.

Brüssel, 8. Juli. (Zit.) Die belgische Regierung hat der französischen auf Anfrage wegen der Weiterleitung in Leipziger Kriegsgerichtsprozessen geantwortet, daß sie sich mit dem französischen Vorschlag einverstanden erklärt, die Missionen sofort aus Leipzig abzuberufen. In der nächsten Sitzung des Obersten Rates soll über die Haltung der Minister in den Verweisen in den Leipziger Kriegsgerichtsprozessen Bescheid verhandelt werden.

## Auf halbem Weg zu halbem Ziel.

Der österreichische Dichter Grillparzer sprach in einem seiner Dramen die habsburgische Politik als „auf halbem Weg zu halbem Ziele zögernd stehend“. Österreich ist an dieser Politik zugrunde gegangen, der deutschen Bourgeoisie, die in Erzberger und Wirth die begabtesten Vertreter ihrer Politik der Halbheiten gefunden hat, wird es nicht besser ergehen. Es muß dies gesagt werden, nicht obwohl, sondern gerade weil Wirth aus andern Holz geschnitten ist als das Gros der bürgerlichen Politiker, weil in ihm der ernste Wille lebt, Deutschland politisch und wirtschaftlich von den Auswüchsen des Kapitalismus zu reinigen. Politisch durch den Kampf gegen das Ueberwachen der Reaktion und wirtschaftlich durch eine scharfe Heranziehung des Kapitals zu den Staatslasten. Aber er ist und bleibt ein Mann der Bourgeoisie, und all die schönen Worte, die er hier und da findet, und die Pläne, die er ausarbeitet, bleiben auf dem Papier oder führen zum entgegengesetzten als dem beabsichtigten Ziel, weil das Ziel ein halbes und auch der Weg dazu ein halber ist. Das Bürgertum ist am Rande. Seine besten Köpfe sehen wohl nicht die Einsicht, daß es „so nicht mehr weitergeht“, aber sie wagen nicht zu dem neuen Ziel, dem Ziel einer neuen, sozialistischen Ordnung der Gesellschaft, aufzublicken und vermögen deshalb auch nicht neue Wege zu beschreiten. „Deswegen“, sagte Wirth in seiner letzten Reichstagsrede, als er sein Steuerprogramm entwickelte, „wollen wir zurück auf alten Wegen vorwärtsgehen, um zum Ziele zu gelangen.“

Es soll nicht geleugnet werden, daß Wirth die Besitzenden bedeutend schärfer zu packen versuchen will, als es bisher jemals ein Finanzminister der Bourgeoisie gewagt hat, aber schon die ersten Angaben, die er darüber machte, zeigten, daß zwischen der Absicht und der Ausführung ein weiter Weg liegt, den die bisherigen Steuerpolitiker nicht zu gehen vermochten. An die Spitze seiner Pläne stellte Wirth nämlich die Verbesserung der Technik der Erhebung der Einkommensteuer, und er setzte optimistisch hinzu, daß auf diese Weise eine nicht unbeträchtliche Zahl von Milliarden Mark gewonnen werden könne. Als Gegenstand ist diese Angabe wertlos: Der Finanzminister des Reiches gibt zu, daß die Besitzenden — und nur sie, denn die Lohnempfänger vermögen infolge des Lohnabzuges nicht einen Pfennig ihrer Pflichtsteuer zu hinterziehen — durch Steuerhinterziehung den nollehenden Staat um Milliarden und aber Milliarden betrogen haben, denselben Staat, der ihren Besitz durch ein Heer von Polizei- und Reichwehrruppen gegen den „inneren Feind“ schützt. Aber wie will der Reichsfiskus da Wundlung schaffen? Wie will er die Geldkapitalisten zur Steuermoral und wie das Reichskriegsgericht und den mit der Bourgeoisie sympathisierenden Teil der Steuerbeamten zu einer unparteiischen und gerechten Auslegung und Handhabung der Steuer Gesetze erziehen? Wir geben uns schon jetzt keiner Täuschung darüber hin, wer in dem ungleichen Kampf zwischen den mit allen Wässern gewaschenen Kapitalisten und dem Reichsfinanzminister, der zwar anerkennenswerte Absichten, aber ein schlecht funktionierendes Beamtenheer hinter sich hat, den Kürzeren ziehen wird.

Teilsch wußte Wirth noch mit einer Reihe anderer Besitzlichen aufzuwarten. Die Körperschaftsteuer soll erhöht, eine Kapitalverkehrssteuer geschaffen, der seit dem 31. Dezember 1910 entstandene Vermögenszuwachs scharf besteuert werden — wobei jetzt prinzipiell nur die großen Zuwachssummen getroffen, der auf „Ersparnis“ beruhende Vermögenszuwachs aber gesondert werden soll —, vor allem aber, und darauf scheint im Steuerprogramm Wirths das Hauptgewicht gesetzt zu sein, soll das Reichsnotopfer „veredelt“ werden. Bekanntlich hatte das Reichsnotopfer seinen Charakter als Vermögensabgabe schon eingebüßt, ehe nur seine erste Rate fällig war, und ist zu einem beschleidenen Zuschlag zur Einkommensteuer herabgesunken, weil in der Zwischenzeit zwischen dem Stichtag der Veranlagung und der Erhebung die große Geldentwertung eingetreten hat, die den Realwert der veranlagten Vermögenswerte weit über ihren nominalen Geldwert emporgetrieben hat. Die Veredelung soll nun außer in einer beschleunigten Erhebung in nichts anderem bestehen als in einer neuen, von drei zu drei Jahren wiederkehrenden Veranlagung, die der seit Ende 1910 eingetretenen Wertsteigerung der meisten Vermögensrechnung trägt.

Soweit und nicht weiter geht das fest umrissene Programm Wirths, soweit es die direkten Steuern betrifft. Die von den sozialistischen Parteien fürnehmlich geforderte, weil einzig den neuen Steuerbedürfnissen des Reiches Rechnung tragende Erfassung der Goldwerte sucht man darin vergeblich, es sei denn, daß man die steuerlich bessere Erfassung der Kapitaleinkommen und die Veredelung des Reichsnotopfers als Ersatz dafür ansieht. Sie sind aber kaum als eine kümmerliche Abschlagszahlung zu bezeichnen, denn sie erfassen nur — und unzulänglich genug — die Erträge des Kapitals, sichern dem Staate aber nicht eine Beteiligung an dem Vermögen selbst. Nur durch eine solche Beteiligung aber, die den Unternehmungen kein Kapital entziehen, also die Produktion nicht zu hemmen braucht, ist die Gewähr dafür gegeben, daß dem Reiche tatsächlich ein nennenswerter Anteil am Mehrwert, der den Arbeitern heute nur zugunsten des Privatkapitals erprobt wird, zufließt.

Der Reichszankler konnte es allerdings nicht wagen, die sozialistischen Parteien durch das gänzliche Falllassen des ursprünglichen Planes der Erfassung der Goldwerte allzu brüt vor den Kopf zu stoßen. Darum warf er der rechtssozialistischen Partei, die sich auf diesen Plan bereits festgesetzt hat und anderseits doch gar zu gern das Steuerprogramm des Reichszanklers samt der schweren Belastung, die es den Arbeitern auferlegt, schlucken möchte, einen Köder hin, indem er als Zusatz zur Beteiligung des Reiches an den Sachwerten die Beteiligung des Reiches an den größeren Unternehmungen, die an der Konjunktur vorwiegend teilhaben, zu einem Bruchteil ihres Wertes und ihres Ertrages in Aussicht stellte, und zwar in der Form von Genussanteilen, die an der Dividende beteiligt werden sollen. So weit so gut. Es wäre zwar nicht viel damit erreicht, vor allem, da die Beteiligung des Reiches am Grund und Boden fehle, aber doch wenigstens etwas. Doch der Pferdeschuß folgt gleich nach, „sofern“, fügte nämlich Wirth hinzu, „dieser Weg beschritten wird, müssen selbstverständlich für die betreffenden Unternehmen und Objekte die anderen obengenannten Steuern entsprechend modifiziert werden.“

Wirth hat recht, er hat nur alte Wege beschritten, aber — er hat für den alten Weg ein neues Wort gefunden: er will ihm den Stempel eines „sozialen Gesamtkarakters des deutschen Steuerwesens“ aufdrücken. Und was hält er für das Soziale an diesem Gesamtkarakter? Daß ein möglichst gutes Gleichgewicht zwischen der direkten und der indirekten Besteuerung herbeigeführt wird, das heißt, daß die verschiedenen Proletariatklassen, die an der Grenze des Existenzminimums existieren, eine ebenso hohe Steuerlast tragen müssen wie die Besitzenden, die sich an der Not des Reiches und des Volkes bereichert haben wie noch nie und deren Steueranteil ja ohnehin als Mehrwert aus der Ausbeutung der Arbeitskraft der Proletarier stammt. Das versteht die Bourgeoisie unter dem sozialen Gleichgewicht! Um es herzustellen, werden Regierung und Parlamentsmehrheit die Belastung der Arbeiterschaft durch indirekte Steuern ins Ungemessene steigern. Die Pläne zur Erhöhung der indirekten Steuerbelastung, mit denen Wirth aufwartet hat, sind bekannt, er hat sie in seiner letzten Reichstagsrede wieder alle aufgezählt, und es wird uns nichts davon erspart bleiben, sondern dafür gesorgt werden, daß das „Gleichgewicht“ hergestellt wird. Nach Wirths Angaben sieht es zwar so aus, als würde der Besitz stärker herangezogen werden als die Volksmasse (54 gegen 46 Prozent), in Wirklichkeit aber wird das Verhältnis zumindest das Umgekehrte sein, da ein sehr großer Teil der direkten Steuern als Einkommensteuer ebenfalls von den Arbeitern wird aufgebracht werden müssen. Und schließlich ist es bei jedem einzelnen Posten der Besteuerung mehr als fraglich, ob er in der geschätzten Höhe aufgebracht werden wird, während es bei den indirekten Steuern so wenig ein Entzinnen gibt wie beim Lohnabzug.

Trotz mancher annehmbarer Einzelheiten des Wirthschen Steuerprogramms läßt es also den Grundzug der bisherigen Steuerpolitik unangefast, ja verschärft ihn nur noch, da jede Höherbelastung in der Gesamtsteuersumme erfahrungsgemäß die schwächeren Bevölkerungsschichten am stärksten trifft. Eine sehr mäßige Belastung des Kapitals, der es sich, wie die bisherigen Erfahrungen lehren, entweder überhaupt entziehen oder für die es

sich durch erhöhte Ausbeutung der Arbeiter und der Verschleißung schädlos halten kann und eine angelächelt ihrer bisherige Wirtschaftslage unerträgliche Höherbelastung der Arbeiter, der sie sich unmöglich entziehen und die sie nicht abwägen kann, das ist das soziale Steuerprogramm der Regierung Wirths, wir auch ein Auszug seiner Teile, die die bestehenden Klassen meistens etwas belasten, unsere Zustimmung nicht verlagen werden kann die Stellung des Klassenbewußten Teiles der Arbeiter zum Gesamtprogramm keine andre als eine entschieden lehrende sein.

## Ein deutsches Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund?

Berlin, 9. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die obige Zeitung meldet aus Genf: In Kreisen, die dem Sekretariat des Völkerbundes nahestehen, ist man sehr überzeugt davon, Deutschland bereits in allerhöchster Zeit sein Aufnahmegesuch dem Völkerbund unterbreiten wird, nachdem es von englischer Seite die Versicherung erhalten habe, daß seiner Aufnahme aller Voraussicht nach keinerlei Schwierigkeiten sich entgegenstellen würden. Eine Reihe bekannter englischer Politiker habe sich seit längerem um die Sondierung der Ansichten Völkerbundsmitglieder bemüht und sei zu einem durchaus positiven Ergebnis gelangt, das nun der deutschen Regierung mitgeteilt worden sei.

Wir verstehen die Nachricht, die in einem starken Gegensatz dem Verhalten Frankreichs in den letzten Tagen steht, mit großer Fragezeichen. Insbesondere der eben ausgebrochene Konflikt der Kriegsverbrecherfrage scheint jede Diskussion über Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vorläufig zu scheitern. Andererseits darf allerdings nicht verkannt werden, die Entente Interesse daran hat, den moralischen Kredit Völkerbunds, der bereits auf Null gesunken ist, durch die Aufnahme Deutschlands zu heben.

## Der Streik der städtischen Gutsarbeiter Berlins beendet.

Berlin, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die jahr des allgemeinen Sympathiestreiks der städtischen Arbeiter Berlins zugunsten der Gutsarbeiter scheint beendet zu sein. Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, ausständigen Gutsarbeitern 75 vom Hundert Zuschläge sämtlichen Verhältnissen zu gewähren mit der ausdrücklichen Aufgabe, daß diese Mehrausgabe eingebracht wird durch höhere Steuern oder durch Ersparnisse auf den städtischen Gütern. Bezüglich des Mitbestimmungsrechts hat der Magistrat sich damit einverstanden erklärt, daß die Fachverbände wie lehrend den Betriebsräten zur Einsicht vorgelegt werden. Bei der Mitwirkung bei Entlassungen anlangt, hat der Magistrat gestimmt, mit dem Vorbehalt, daß bei Differenzen über die Berechtigung einer Kündigung der Lohn für die Zeit vom Entlassungstage ab nur dann gezahlt wird, wenn die endgültige Entscheidung die Kündigung für unberechtigt erklärt. Die Streikenden werden nicht bezahlt werden, andererseits aber sollen die während der ersten Zeit gewährten Deputate nicht angerechnet werden. Maßnahmen dürfen von keiner Seite, weder gegen Streikende noch gegen Arbeitswillige vorgenommen werden. Die Streikleitung hat darauf die Entscheidung über die Annahme der Magistrate beschlüsse in die Hände der Streikleitung der Gutsarbeiter gelegt und diese beschloß mit großer Mehrheit den Gutsarbeitern die Annahme dieser Magistrate beschlüsse empfohlen und damit die Beendigung des Streiks und die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. In einer Reihe von Versammlungen der Gutsarbeiter werden die Streikenden sich entscheiden. Es ist bestimmt damit zu rechnen, daß sie dem Beschluß ihrer Streikleitung zustimmen und die Wiederaufnahme der Arbeit beschließen. Das gesamte Abstimmungsergebnis dieser Versammlungen wird erst im Laufe des heutigen Vormittags einlaufen.

## Ein Waffensund in Berlin.

Berlin, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die obige Zeitung meldet einen großen Waffensund in Neußiß Gießern nachmittags bemerkten Passanten vor dem Hause Bismarck-Strasse 66 in Neußiß einen Lastwagen, von dem schwarze Kisten abgeladen wurden, die dann in dem Keller des 43-jährigen Produkthändlers Karl Müller verschwanden. Da die Zeugen vermuteten, daß es sich um Diebesgut handeln könnte benachrichtigten sie die Schutzpolizei. Inzwischen war der Keller geschlossen worden, so daß die Tür gewaltsam geöffnet werden mußte. Bei der Durchsuchung der Räume fanden die Beamten zu ihrer Ueberschuldung folgende Mengen Munition und Waffen: 30 Kisten mit je 25 Stielhandgranaten, 22 Maschinenpistolen, eine Mauleripistole, eine Signaltrompete, eine Gasmaske, ein Sack mit Pulver, 50 Blechboxen mit Maschinenabwehrmunition 4000 S. Pistolen, 4 Sack und 2 Kisten Pistolenmunition, 2 Trommelmagazine für Maschinenpistolen. Frau Müller, die zu der Zeit allein anwesend war, wurde vorläufig festgenommen. Nach der Herkunft der Waffen und Munitionsmengen fehlt noch jede Auskunft. In einigen Kisten lagen Zettel mit der Aufschrift „Nachgeprüft, Müller.“

## Vormärzliches aus Bayern.

München, 9. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Bezirksamtmänner in Bayern bemühen sich sehr, das Beispiel der Münchner Polizeipräsidenten nach Möglichkeit nachzuahmen. So forderte der Bezirksamtmann von Kirchenreuth in der Oberpfalz von den gewerkschaftlichen Organisationen und sozialistischen Parteien die Einreichung von Mitgliedlisten. In einem andern Falle verlangte er von dem Vorstehenden einer Ortsgruppe der USPD. Einreichung der Listen der Vorstandsmitglieder und später die Einreichung der Statuten der USPD. Unsere Genossen verweigerten natürlich die Befolgung dieser parteiischen Anweisungen, weil sie die Uebergänge in das Reichsvereinsgesetz durch nichts gerechtfertigt fanden. Selbst der samstägliche bayrische Ausnahmestand kann diese Uebergänge nicht rechtfertigen, denn mit ihm können sich die Behörden über die gesetzlichen Bestimmungen auch nur dann hinwegsetzen, wenn die öffentliche Ruhe und Ordnung „gefährdet“ erscheint. Gegen das Verbot unseres Münchner Parteilorgans Kampf wurde Beschwerde beim Beschwerdebüro eingeleitet. Dieses, das Landgericht München I, hat die Beschwerde abgelehnt. Die Aufsichtsbekörden an das Ministerium ist nicht erlegt, doch läßt sich auch hier voraussagen, daß das Ministerium das Verbot der Polizeidirektion bedenken wird.

## Das enfant terrible der Frau Justitia.



„Trausoff, wo bist du?“  
„Hier!“  
„Wirst du gleich schweigen, ungeratener Sohn, habe ich das um dich verdient?“